

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Herbstsession 2025

Session d'automne 2025

Sessione autunnale 2025

Stand / état / stato: 19.09.2025

Fragestunde vom 22.09.2025 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 22.09.2025** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 22.09.2025** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereicherter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Departement des Innern

25.7777	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Wie weit ist das Projekt einer Branchenvereinbarung mit den Streaming-Anbietern?	Der Bundesrat hat in seiner Beantwortung der Motion 23.4528 die fehlende Sichtbarkeit des Schweizer Musikschaffens im Streaming-Angebot anerkannt und angekündigt, «noch im 2024 eine nationale Arbeitsgruppe ein(zu)berufen», wonach «...Konsequenzen gezogen und konkrete Massnahmen getroffen werden.» Welche Aktivitäten hat das BAK gegenüber den Streaming-Anbietern unternommen und wie sehen die nächsten Schritte und der Zeitplan mit dem Ziel einer verbindlichen Branchenvereinbarung aus?
25.7779	DE FR IT	Fra. Nantermod. Verbot von Trimethylbenzoyl Diphenylphosphinoxid (TPO) Wäre es nicht sinnvoll, eine Übergangsfrist vorzusehen, um die Lagerbestände abzubauen?	Das Verbot von TPO, das am 1. September 2025 in Kraft tritt, trifft zahlreiche selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer im Bereich der Nagelpflege und -kosmetik hart, da sie gezwungen sind, noch verwendbare Lagerbestände zu vernichten. Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten ist keine Übergangsfrist vorgesehen. Hält es der Bundesrat nicht für angebracht, einen gewissen Aufschub zu gewähren, damit die Lagerbestände abgebaut werden können?
25.7785	DE FR IT	Fra. Weichelt. Beiträge für Dachorganisationen der privaten Invalidenfachhilfe oder Invalidenselbsthilfe	Gestützt auf Art. 74 IVG gewährt die Invalidenversicherung privaten Behindertenorganisationen Finanzhilfen. Wie hoch ist das Beitragsdach, wie wird es festgelegt und welches ist die gesetzliche Grundlage für die Höhe des Beitragsdachs?

25.7786	DE FR IT	Fra. Wyss. Gefährdet das Krankenkassenmodell «Hausspital» die Spitalplanung?	Das neue Modell «Hausspital» der Krankenkasse Assura in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Baselland schränkt die freie Spitalwahl freiwillig ein. Dieses Modell stellt die gesetzlich vorgeschriebene Spitalplanung vor neue Herausforderungen – insbesondere, wenn weitere Spitäler und Krankenkassen ähnliche Modelle einführen würden. 1. Welche Auswirkungen hätte ein solches Modell auf die Spitalplanung? 2. Welche Risiken bestehen insbesondere, wenn andere Krankenkassen dieses Modell übernehmen würden?
25.7787	DE FR IT	Fra. Alijaj. Ausgaben der IV	Die Verwaltungs- und Durchführungskosten der IV sowie die Beiträge an Organisationen belaufen sich auf knapp 1 Mrd. Franken pro Jahr – nahezu so viel wie für berufliche Wiedereingliederungsmassnahmen und Assistenzbeiträge (CHF 1'010 Mio.). - Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass dieses Verhältnis unbefriedigend ist? - Welche Schritte unternimmt er, um die Effizienz zu erhöhen und mehr Mittel direkt bei den Betroffenen ankommen zu lassen?
25.7788	DE FR IT	Fra. de Quattro. Kampagnen gegen häusliche Gewalt: Was ist der aktuelle Stand?	Mehrere Nichtregierungsorganisationen melden einen besorgniserregenden Anstieg häuslicher Gewalt. Pro Juventute verzeichnet eine Zunahme elterlicher Hilferufe um 15 Prozent. Zudem wählen täglich durchschnittlich zwei Jugendliche die Notrufnummer 147. Im Jahr 2022 beauftragte eine von beiden Räten angenommene Motion (21.4470 – 22.3011) den Bundesrat, nationale Präventionskampagnen gegen Gewalt – einschliesslich häuslicher Gewalt – durchzuführen, über diese Problematik zu informieren und die relevanten Akteure einzubeziehen. Wie steht es um die Umsetzung?
25.7790	DE FR IT	Fra. Alijaj. Verwaltungs- und Durchführungskosten	- Was umfasst die Position der Verwaltungs- und Durchführungskosten der IV konkret? - Welche Arten von Ausgaben fallen darunter, und wie unterscheiden sich Verwaltungs- von Durchführungskosten?
25.7791	DE FR IT	Fra. Alijaj. Teuerungsausgleich bei EL	Seit 1.1.2025 gab es einen Teuerungsausgleich bei IV und EL. Da EL-Leistungen bedarfsabhängig ausbezahlt werden, erhielten gewisse EL-Bezüger:innen den Ausgleich faktisch nicht, obwohl Lebensbedarf und Mietzinsmaxima erhöht wurden. Der Bundesrat wird gefragt: - Wie viele IV- und EL-Bezüger:innen betrifft dies? - Ist er sich dieses Umstands bewusst und anerkennt er Handlungsbedarf?
25.7796	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Wie wird die erhöhte bundesgerichtliche Qualitätsanforderung bei medizinischen Abklärungen durch den RAD sichergestellt?	Gemäss Blick vom 4.9.2025 sagt der Bundesrat externen Gutachtern den Kampf an. Nun sollen gemäss Blick IV-Stellen vermehrt selbst medizinische Abklärungen durchführen. - Wie wird sichergestellt, dass die Arbeit der Ärztinnen und Ärzte der Regionalen Ärztlichen Diensten (RAD) der IV-Stellen den gemäss Bundesgericht erhöhten qualitativen Anforderungen (sog. Bereits-Geringe-Zweifel-Praxis nach BGE 135 V 465, Erw. 4) und den Ansprüchen an die Unabhängigkeit genügen? - Gibt es weniger Aktenberichte?
25.7798	DE FR IT	Fra. Lohr. ELG-Revision: was spricht gegen Inkraftsetzung einiger Neuerungen per 1.1.2026?	In Antwort auf 25.7592 verweist der Bundesrat auf aufwändige kantonale Gesetzgebungsverfahren. Er stellt für Bestimmungen, zu deren Umsetzung keine Anpassungen der kantonalen Gesetze notwendig sind, ein früheres Inkrafttreten in Aussicht (2027). Das ist der

			Fall für die Änderungen bei den Wohnkosten (Mietzinsmaxima). Da der Faktor Zeit zentral ist, um das Risiko von teuren und belastenden Umzügen zu minimieren: Was spricht gegen eine Teil-Inkraftsetzung per 1.1.2026?
25.7808	DE FR IT	Fra. Roduit. Fehlende Ressourcen der Organisation ambulante Arzttarife (OAAT) bei der Einführung des Tarifsystems TARDOC	Der Bundesrat hat die Genehmigung für die Einzelleistungstarifstruktur TARDOC auf drei Jahre beschränkt. Die OAAT wird über 500 Anträge zu bearbeiten haben. Hält es der Bundesrat für realistisch, dass die Anträge fristgerecht, also innert zwei Jahren, bearbeitet werden können, sodass die Umsetzung im dritten Jahr erfolgen kann? Und ist der Bundesrat bereit, die OAAT bei der Beschaffung finanzieller Mittel zu unterstützen, damit sie über ausreichende Ressourcen verfügt, um ihren Auftrag fristgerecht zu erfüllen?
25.7814	DE FR IT	Fra. Trede. Erfassung von Femiziden auf Kantonsebene?	Schweizweit werden unzureichende Daten zu Femiziden erhoben. - Welche Massnahmen trifft der Bundesrat, um die Kantone bei der Datenerhebung zu unterstützen? - Gibt es kantonale Behörden, die für die Erfassung von Femiziden zuständig sind? - Sind die betroffenen Behörden und deren Mitarbeitende ausreichend geschult, um bei Verdacht auf Femizid den UNO-Empfehlungen entsprechend vorzugehen? - Verfügen die Kantone über Prozesse bei Femizid-Verdacht? - Stellt der Bundesrat eine schweizweite Koordination sicher?
25.7816	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Ist der Bundesrat bereit, den Rechtsstatus einer versicherten Person und deren Beruf im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zu erfassen?	Der Bundesrat hat auf meine Frage 25.7535 geantwortet, dass im Rahmen des KVG weder der Rechtsstatus einer versicherten Person noch deren Beruf erfasst werden. Daher sei es nicht möglich, sich zu Fällen von durch Pestizide verursachten Berufskrankheiten bei selbstständigen Landwirtinnen und Landwirten zu äussern oder ein entsprechendes Verzeichnis zu führen. - Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass diese Angaben künftig erfasst werden? - Wenn ja, bis wann? – Wenn nein, warum nicht?
25.7817	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Umsetzung der Motion 21.3264 «Für eine dauerhafte Finanzierung von Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizid- und Gewaltprävention»	Der jüngste Bericht des OBSAN zur psychischen Gesundheit in der Schweiz unterstreicht die Dringlichkeit dieser Motion: 19,2 Prozent der jungen Frauen und 11,8 Prozent der jungen Männer (15–24 Jahre) haben im vergangenen Jahr an Selbstmord gedacht, gegenüber 8,3 Prozent der über 25-Jährigen. Organisationen, die sich für die Suizid- und Gewaltprävention einsetzen, sind deshalb unverzichtbar. Wie beabsichtigt der Bundesrat, die gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, um diese Motion umzusetzen, und wann sollen diese Bestimmungen in Kraft treten?
25.7818	DE FR IT	Fra. Rosenwasser. Aktuelle Statistiken zur Cannabis Medikation	Vor 3 Jahren wurde das Verbot von medizinischem Cannabis aufgehoben. 2018 berichtete der Bundesrat (Mo. 14.4164), dass schätzungsweise zwischen 66'000 – 111'000 Personen Cannabis zur Selbstmedikation nutzen. - Wie hoch schätzt der Bundesrat die Zahl der Personen, welche Cannabis zur Selbstmedikation nutzen, heute ein? - Wie viele Personen haben eine Verschreibung für die Verwendung von Cannabis?

			- Welcher Anteil von den verschriebenen Cannabismedikamenten werden von der Krankenkasse übernommen?
25.7827	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Werden in der Kriminalstatistik doppelte Staatsangehörigkeiten erfasst?	Der deutsche Innenminister plant, in der Kriminalstatistik neu doppelte Staatsangehörigkeiten zu erfassen (rückwirkend per 1. Juli 2025). 1. Werden in den Schweizer Statistiken (PKS/SUS) doppelte Staatsangehörigkeiten erfasst? 2. Falls nein: a) Welche Nationalität wird bei Straftätern mit mehreren Staatsangehörigkeiten erfasst? b) Welche Nationalität wird bei Schweizer Doppelbürgern erfasst? c) Ist der Bundesrat bereit, künftig alle Staatsangehörigkeiten zu erfassen, um mehr Transparenz zu schaffen?
25.7830	DE FR IT	Fra. Roduit. Wann erscheint der erwartete Bericht über die Entlohnung von pflegenden Angehörigen?	In seinen Antworten auf die Interpellation 23.3191 «Schadet die Abgeltung der Grundpflege, die durch Angehörige ohne spezifische Ausbildung erbracht wird, der Qualität?» sowie kürzlich auf die Motion 24.4355 «Sachgerechte Abgeltung für Unternehmen, die pflegende Angehörige beschäftigen» hat der Bundesrat die Veröffentlichung eines Berichts bis Mitte Mai 2025 angekündigt. Wann genau wird dieser in Aussicht gestellte Bericht erscheinen?
25.7831	DE FR IT	Fra. Roduit. Warum erhalten Studierende der Veterinärmedizin keine angemessene Entlohnung?	Studierende der Veterinärmedizin werden im Gegensatz zu Studierenden der Humanmedizin während ihrer Pflichtpraktika nicht entlohnt. Besonders stossend ist dies im Hinblick auf den praktischen Teil des Studiums, der sich – insbesondere an der Vetsuisse-Fakultät in Bern – gegen Ende des Curriculums über eineinhalb Jahre erstreckt und nahezu vollständig aus Pflichtpraktika besteht. Ist der Bundesrat bereit, in Absprache mit den Universitäten eine Richtlinie zu erarbeiten, damit die Studierenden für solche Praktika entlohnt werden?
25.7833	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Chlorhühner aus den USA	Anscheinend soll die Schweiz vorgeschlagen haben, mehr Hühnerfleisch aus den USA zu importieren. Besagtes Hühnerfleisch wird dort mit Chlor desinfiziert. - Wie hoch ist das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung? - Warum sind die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz weniger gut geschützt als im übrigen Europa? - Ein Grossteil des Hühnerfleischs wird nicht zuhause konsumiert. Beabsichtigt der Bundesrat daher, die Herkunftsangabe bei Hühnerfleisch, das in Restaurants, Food-Trucks und Fast-Food-Betrieben verkauft wird, stärker zu kontrollieren?
25.7848	DE FR IT	Fra. Balmer. Fehlende Festlegung der Rechte und Pflichten der FMH-Fachgesellschaften im Rahmen der Konsultation der OAAT	Gemäss der OAAT «Begleitvereinbarung zu den neuen ambulanten Tarifen TARDOC und Ambulante Pauschalen» werden die FMH anerkannten Fachgesellschaften in der Weiterentwicklung Schwerpunkte «insbesondere in Bezug auf die medizinische Logik / Homogenität» konsultiert». - Was sind die Rechte und Pflichten der FMH-Fachgesellschaften gegenüber der OAAT? - Wurden diese publiziert? - Gilt die Konsultation der Fachgesellschaften nur für die Entwicklungs-Schwerpunkte oder für alle eingereichten Anträge?

25.7854	DE FR IT	Fra. Rummy. Geht die Ambulantisierung auf Kosten der Tarife der Hausärztinnen und Hausärzte?	Stand heute ist nicht mit Sicherheit bekannt, wie die AVOS-Liste («ambulant vor stationär») gemäss Art. 3c und Anhang 1a KLV per 1. Januar 2026 ausgestaltet sein wird. Je mehr Leistungen ambulant erbracht werden müssen, desto mehr steigen die Kosten an, die prämiert werden. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die vom Bundesrat gemachten Vorgaben (AVOS, dynamische Kostenneutralität) nicht dazu führen, dass die Tarife niedergelassener Ärztinnen und Ärzte gesenkt werden müssen?
25.7858	DE FR IT	Fra. Schlatter. PFAS-Pestizide: zugelassen auf Sportrasen und Zierpflanzen, in unmittelbarer Nähe von Menschen. Bis wann?	Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 25.7494, Pestizide mit PFAS würden für «sehr spezifische Anwendungen zugelassen», etwa für die Anwendung auf Zier- und Sportrasen oder in unterschiedlichen Zierpflanzen. Pestizide mit Ewigkeitschemikalien werden also explizit für die Anwendung in nächster Nähe zu Menschen zugelassen, ev. sogar in deren Häuser. Hält der Bundesrat trotz der Risiken an diesen Zulassungen fest oder beabsichtigt er, den Einsatz von PFAS-haltigen Pestiziden rasch einzuschränken?
25.7864	DE FR IT	Fra. Crottaz. Organisation ambulante Arzttarife (OAAT): Wie lässt sich das Fehlen von Ärztinnen und Ärzten in bestimmten Arbeitsgruppen erklären?	Die Arbeitsgruppe «Ambulante Leistungserfassung und medizinische Tarifinterpretation» der OAAT setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Tarifpartner zusammen, jedoch ohne Beteiligung einer Ärztin oder eines Arztes. Wie kann diese Arbeitsgruppe die angemessene Abbildung medizinischer Leistungen in den ambulanten Tarifen sicherstellen, wenn kein medizinisches Fachwissen eingebracht wird?
25.7866	DE FR IT	Fra. Paganini. Folgt die Schweiz der WHO blindlings?	Die Antworten auf die Interpellation Würth (25.3629) sind unbefriedigend. - Gibt die WHO mit ihrer No Safe Level-Strategie beim Alkohol unverhältnismässige Empfehlungen ab? - Die Eidg. Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (EKS) wird voraussichtlich im Q3/2025 neue Empfehlungen zum Alkoholkonsum veröffentlichen. Auf welcher Basis erfolgen diese Empfehlungen? - Fliessen die Empfehlungen der EKS in die Nachfolgestrategie Sucht ein, die 2029 in Kraft treten soll?
25.7869	DE FR IT	Fra. Weichelt. Transparente Kommunikation des Bundesrates würde helfen, Anzahl Vorstösse zu reduzieren	Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 25.7588, betreffend eine neue Gesundheitsstudie, dass die eingesetzte Software ersetzt werden muss. «Danach ist die Durchführung der nächsten nationalen Ernährungserhebung vorgesehen». - Bis wann ist die Software ersetzt bzw. wann wird die nächste nationale Ernährungserhebung voraussichtlich durchgeführt? - Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass er mit einer proaktiven Kommunikation von solchen Terminen zur Reduktion der Zahl der Vorstösse beitragen kann?
25.7870	DE FR IT	Fra. Strupler. Anzahl Doppelbürger nach Nationen	- Hat der Bundesrat Kenntnis, wie viele Schweizer eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen und wie viele davon in der Schweiz leben? - Gibt es eine Statistik über diese weiteren Staatsbürgerschaften von Schweizer Doppel- oder Mehrfachbürgern (nach Nationen und Anzahl)?
25.7886	DE FR IT	Fra. Knutti. Automatismus bei der AHV Berechnung wäre für die Bevölkerung ein grosser Nutzen	Bürgerinnen und Bürger, die nach Erreichen des Referenzalters weiterarbeiten und AHV-Beiträge zahlen, erhalten keine automatische Neuberechnung der Rente. Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

			1. Warum erfolgt die Neuberechnung der Rente nicht automatisch und muss beantragt werden? 2. Ist der Bundesrat bereit, einen Automatismus bei der AHV-Berechnung einzuführen?
25.7898	DE FR IT	Fra. Weichelt. Was kostet unser NICHTwissen?	Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 25.7600: «Die in den Medien verbreitete Darstellung, wonach die Abwasseranalysen zu illegalen Substanzen eingestellt würden, trifft nicht zu.» Aus Kostengründen solle künftig jedoch auf die Analyse von Medikamentenrückständen wie etwa von Antidepressiva verzichtet werden. - Welche Kosten können durch einen Verzicht auf diese Analysen kurzfristig gespart werden? - Welche Kosten können der Gesellschaft langfristig durch das Streichen dieser Analysen entstehen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

25.7789	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. VBS und Kommunikation	Gemäss den Ausführungen der Bundeskanzlei in der ersten Sessionswoche hat das VBS 106 Kommunikationsmitarbeiter/innen, in den letzten Jahren jährlich plus 2. Sämtliche anderen Departemente haben 59 oder weniger. Das grosse Departement UVEK weist nur 46 Stellen auf! - Warum benötigt das VBS über doppelt so viele Kommunikationsmitarbeiter/innen wie andere Departemente? - Können die Kosten beziffert werden?
25.7806	DE FR IT	Fra. Knutti. Wie hoch sind die Kosten bei der Beschaffung der F35 Kampfflugzeuge	Bei der Beschaffung der Kampfflugzeuge F35 sind hohe Kosten entstanden, welche vom Steuerzahler getragen werden. Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten: - Wie hoch sind die bisherigen Gesamtkosten bei der Beschaffung der F35-Kampfflugzeuge? - Wird es auf dem Flugplatz Meiringen möglich sein, beim Start mit Nachbrenner die Lärmschutzvorschriften einzuhalten?
25.7820	DE FR IT	Fra. Schläfli. Gefährliche und peinliche Sicherheitslücken im WK	Während eines WKs auf einem Reithof in Egnach (TG) wurden in einem Kühlschrank gesundheitsschädigende Substanzen vergessen. Darüber hinaus kam es zu einer unsachgemässen Anwendung eines Röntgengeräts. - Wie lange dauerte es, bis die vergessenen biologischen Proben bemerkt wurden? - Welche Konsequenzen haben die beiden Vorfälle? - Sind die Sicherheitsvorschriften für solche Übungen ausreichend oder gibt es Handlungsbedarf?
25.7825	DE FR IT	Fra. Molina. Strategische Partnerschaft der Schweizer Armee mit der US-Nationalgarde	Am 12.11.25 hat der Bundesrat eine Absichtserklärung für ein «State Partnership Program» mit der US-Nationalgarde gutgeheissen. Damit wurde eine strukturierte Kooperation mit jener Miliz beschlossen, die von der Trump-Administration verfassungswidrig gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wird. 1. Wie beurteilt der Bundesrat die Rechtsstaatlichkeit der jüngsten Einsätze der Nationalgarde? 2. Welches aussenpolitische Signal sendet die Kooperation aus? 3. Wird die Absichtserklärung veröffentlicht?
25.7836	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Herstellung und Unterhalt von Rüstungsmaterial unter Einbezug der schweizerischen KMU	Die Stärke der CH-Wirtschaft sind u.a. schnelle, agile und innovative KMU. Davon sollten auch die Armee und die RUAG MRO als MKZ derselben profitieren. Im Rahmen der Armeereform setzte der BR auf eine dezentrale Versorgung und Instandhaltung.

			Wie gedenkt der Bundesrat die RUAG zu verpflichten, KMU flächendeckend, inkl. Randregionen, stärker zu berücksichtigen? Dies im Sinne der Unterstützung der Schweizer Rüstungsindustrie, ihrer Zulieferer sowie von qualifizierten, dezentralen Arbeitsplätzen.
25.7840	DE FR IT	Fra. Pahud. Kampfflugzeug F-35A: 1,3 Milliarden US-Dollar zusätzlich dank Wechselkurs. Welche Folgen hat das für den ursprünglichen Vertrag?	Der Vertrag über den Kauf der F-35A wurde am 19. September 2022 zum Fixpreis von 6 Milliarden Schweizerfranken abgeschlossen – basierend auf einem Wechselkurs von rund 0,9642 Schweizerfranken pro US-Dollar. Heute liegt der US-Dollar bei etwa 0,7950 Schweizerfranken, was bedeutet, dass wir mit denselben 6 Milliarden rund 1,3 Milliarden US-Dollar mehr erhalten würden als im Jahr 2022. - Hat der Bundesrat diese vorteilhafte Entwicklung des Schweizerfrankens bei der Vertragsabwicklung berücksichtigt? - Reicht dieser Währungsvorteil aus, um alle 36 F-35A kaufen zu können, ohne zusätzliche Gelder beantragen zu müssen?
25.7845	DE FR IT	Fra. de Quattro. Projekt «Olympische und Paralympische Winterspiele 2038»: Entscheidung im Jahr 2026 oder 2027?	In seiner Antwort auf die Fragen 25.7682 und 25.7685 hat der Bundesrat erklärt, dass das Parlament bis Ende September 2027 einen Grundsatzentscheid treffen kann. Letzte Woche hatte die Präsidentin von Swiss Olympic gegenüber mehreren Medien erklärt, das Parlament müsse seinen Entscheid bis Ende 2026 treffen. Welche Frist gilt nun für das Parlament?
25.7846	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity - Nutzen der Studien	Auf meine Frage 25.7729 hat der Bundesrat geantwortet, dass die Fachstelle seit 2022 zwei Studien durchgeführt hat und weiter zwei Umfragen initiierte, wobei eine davon (Nichtbinarität in der Schweizer Armee) abgebrochen werden musste. Welchen konkreten Nutzen haben diese Studien und Umfragen der Schweizer Armee gebracht und wofür werden die gewonnenen Erkenntnisse eingesetzt?
25.7847	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie rechtfertigt der Bundesrat das hohe Pro-Kopf Budget der Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity?	Auf meine Frage 25.7730 hat der Bundesrat geantwortet, dass das jährliche Budget für die Fachstelle knapp eine Million Franken inklusive fünf Vollzeitstellen umfasst. Weiter wurde geantwortet, dass keine weiteren Studien in Auftrag gegeben wurden. - Wie rechtfertigt der Bundesrat in Zeiten von knappen Bundesfinanzen diese durchschnittlich 200'000 CHF/Person? - Welche konkreten Aufgaben erfüllen die fünf Vollzeitstellen der FiAD nun im Alltag?
25.7850	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wofür braucht es 5 Festanstellungen bei der Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity?	Laut Antwort des BR auf die Ip. 24.3826 gehört es zu den Aufgaben der FiAD die Diversity in der Armee zu fördern und dazu bis 2030 einen Aktionsplan für Gleichstellung zu erstellen. Wozu braucht man für einen langjährig geplanten Aktionsplan 5 Vollzeitangestellte? Wie sind die einzelnen Arbeitsschritte zur Erstellung dieses Aktionsplans unter diesen fünf Personen aufgeteilt?
25.7885	DE FR IT	Fra. Knutti. Sind Einsparungen bei dem sogenannten Offset – Geschäften vorgesehen?	Für das Berner Oberland, konkret Thun, Meiringen, Interlaken und Zweisimmen, sind hochqualifizierte Arbeitsplätze zentral. Diese Regionen sind auf industrielle Offset-Geschäfte im Rahmen der F-35-Beschaffung angewiesen. 1. Wird der Bundesrat bei den Offset-Geschäften Einsparungen vornehmen? 2. Falls ja, welche Auswirkungen hätten diese auf die genannten Standorte?

25.7887	DE FR IT	Fra. Weichert. Kosteneffizienz von Untersuchungen Privatwirtschaft und Parlament	Die PUK CS hatte eine Kostendach von CHF 5 Mio. und hat vermutlich unter dem Kostendach innerhalb von 19 Monaten ihre Untersuchung abgeschlossen. Die Untersuchung RUAG von Niederer Kraft Frey kostet mehr als CHF 10 Mio. und läuft seit mehr als 25 Monaten. Was hat NKF für ein Kostendach und wie beurteilt der Bundesrat die Kosteneffizienz der Privatwirtschaft im Verhältnis zum Staat anhand der Untersuchung RUAG?
25.7888	DE FR IT	Fra. Weichert. Wann wird der Zwischenbericht des Gutachtens zur RUAG öffentlich?	Wann erhält das Parlament und wann die Öffentlichkeit den Zwischenbericht des Gutachtens zur RUAG (Auftragnehmer Niederer Kraft Frey), der auch dem EFK Bericht zugrunde liegt?
25.7894	DE FR IT	Fra. Kamerzin. Uniformen und Militärausrüstung bei traditionellen Veranstaltungen	Die Armee hat gewisse Gemeinden darüber informiert, dass das Tragen von Uniformen und Militärausrüstung verboten ist, so auch bei traditionellen Festen (z. B. Fronleichnam im Wallis). Die Paraden sind jedoch fester Bestandteil unserer Traditionen und unseres Kulturerbes und tragen dazu bei, die gemeinsamen Werte der Gemeinschaft zu fördern. Sollte das Verbot nicht gelockert werden, sodass die Bevölkerung die traditionellen Werte und Feste mit den Paraden bewahren kann?
25.7896	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. F-35: Weniger Fähigkeiten und spätere Auslieferung?	In einem Artikel der "Republik" vom 16.9.25, welcher sich auf einen neuen Bericht des US-Rechnungshofs bezieht, wird erwähnt, dass die Schweiz mehr bezahlen müsse für die vollständigen Fähigkeiten beim F-35 und dass mit Lieferverzögerungen zu rechnen ist: - Sind dem Bundesrat diese aktuellen Probleme beim F-35-Programm bekannt? - Falls sich diese Schwierigkeiten bewahrheiten sollten: Was gedenkt der Bundesrat zu tun? - Ist der Bundesrat nach wie vor der Meinung, dass der F-35 "alternativlos" sei?
25.7904	DE FR IT	Fra. Glättli. Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit US-Nationalgarde von Colorado	Der Bundesrat hat eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit mit der Nationalgarde von Colorado unterzeichnet. Dies in einer Zeit, da US-Präsident Trump Nationalgarden gemäss gängiger Rechtsauffassung am Rand oder ausserhalb des legalen Rahmens und gegen den Willen der betroffenen Staaten einsetzt (z.B. in Kalifornien) oder einsetzen will. 1. Verfolgt der Bundesrat diese Entwicklung? 2. Wäre ein entsprechender Einsatz der Nationalgarde in Zukunft ein Grund für den Abbruch der Zusammenarbeit?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

25.7792	DE FR IT	Fra. Nicolet. Import von Chlorhühnern: Warum unterwirft sich der Bundesrat den USA und schadet so der öffentlichen Gesundheit und der Lebensmittelsicherheit?	Der Bundesrat plant, das Importverbot für mit Chlor entkeimtes und gereinigtes Geflügelfleisch aus den USA aufzuheben. Die Haltungs- und Produktionsmethoden in den USA unterscheiden sich grundlegend von jenen in der Schweiz, die für Rückverfolgbarkeit, Regionalität und Wertschöpfung stehen. Der Bundesrat beabsichtigt, ein vertretbares Abkommen mit den USA abzuschliessen, doch warum unterwirft er sich den USA und schadet so der öffentlichen Gesundheit und der Lebensmittelsicherheit in der Schweiz?
---------	--	---	---

25.7875	DE FR IT	Fra. Baumann. "Chlorhühner" bald auf Schweizer Tellern?	In Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Zollverhandlungen mit den USA bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: - Ist der Import von US-amerikanischem Geflügel (sog. «Chlorhühner») Gegenstand der laufenden Verhandlungen? - Soll die Einfuhr kontingentiert werden und wie hoch soll dieses Kontingent ausfallen? - Wie genau müssten diese Chlorhühner in der Schweiz deklariert werden? - Erwägt der Bundesrat weitere Zugeständnisse im Bereich der Landwirtschaft?
25.7877	DE FR IT	Fra. Baumann. Wird die Schweiz zum Einfallstor für minderwertige Lebensmittel aus den USA?	Für die hiesige Geflügelproduktion gelten strenge Vorschriften bezüglich Produktqualität, Tierwohl und Nachhaltigkeit. Durch den Import von US-Chlorhühnern wird die Schweiz aber zum Einfallstor für minderwertige Lebensmittel, die auch unter den EU-Standards liegen. - Was unternimmt der Bundesrat, damit die Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft nicht untergraben wird? - Geraten durch diese Importe die Einkommen der Schweizer Produzenten unter Druck?
25.7794	DE FR IT	Fra. Marti Min Li. Urteil des Supreme Courts abwarten?	Der Supreme Court der Vereinigten Staaten wird demnächst über die Frage entscheiden, ob die von Präsident Trump am "Liberation Day" verhängten Zölle rechters sind oder nicht. - Wie sieht der Bundesrat die Chancen, dass das Urteil dazu führt, dass die Zölle aufgehoben werden? - Ist der Bundesrat der Meinung, dass es sinnvoll ist, jetzt einen "Deal" abzuschliessen, der für die Schweiz Nachteile bringen würde oder wäre es nicht sinnvoller, auf das Urteil zu warten?
25.7800	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Festlegung der Beschaffungs-Schwellenwerte ausserhalb des Staatsvertragsbereichs	Gemäss Art. 16 Abs. 1 BöB überprüft der Bundesrat die Schwellenwerte im öffentlichen Beschaffungswesen alle zwei Jahre. Auf 1.1.2024 blieben diese unverändert, während die EU die Schwellenwerte für öffentliche Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge und Wettbewerbe erhöht. Auf 1.1.2026 wird der Bundesrat wieder über eine Anpassung der Schwellenwerte entscheiden müssen. Wird der Bundesrat die Schwellenwerte anheben?
25.7801	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Festlegung der Beschaffungs-Schwellenwerte, nach welchen Kriterien?	Gemäss Art. 16 Abs. 1 BöB überprüft der Bundesrat die Schwellenwerte im öffentlichen Beschaffungswesen alle zwei Jahre. Auf 1.1.2024 blieben diese unverändert, während die EU die Schwellenwerte für öffentliche Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge und Wettbewerbe erhöht. Auf 1.1.2026 wird der Bundesrat wieder über eine Anpassung der Schwellenwerte entscheiden müssen. Nach welchen Kriterien erfolgt jeweils die Festlegung der Beschaffungs-Schwellenwerte ausserhalb des Staatsvertragsbereichs?
25.7805	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Wie kann der Schweizer Wein gegenüber den Marktinterventionen der EU-Länder verteidigt werden?	Hat der Bundesrat, in Anbetracht der Exportförderung der EU und des Pakets zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen mit der EU, in Erwägung gezogen, eine Art Ausgleichsmechanismus vorzusehen, der für gleich lange Spiesse für schweizerische und europäische Weine sorgt? Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten fördern den Export von Wein in Drittstaaten (darunter die Schweiz) mit beachtlichen Beträgen, bspw. Italien allein mit CHF 18 Mio auf dem Schweizer Markt.

25.7807	DE FR IT	Fra. Haab. Doppelamt im BLW wirft Fragen zur Unabhängigkeit auf	Ein leitender Verwaltungsangestellter im BLW, welcher für den Fachbereich Umweltsysteme und Klima zuständig ist, engagiert sich nebenamtlich als Co-Präsident einer kantonalen Sektion des WWF. Der WWF Schweiz hat sich klar zur Reduzierung der Nutztierhaltung bekannt. - Erachtet der Bundesrat diese Doppelrolle ebenfalls als ein "no go" in Bezug auf die Unabhängigkeit? - Kann der Bundesrat garantieren, dass ideologische Haltungen keinen Einfluss auf die Weiterentwicklung der Agrarpolitik haben?
25.7813	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Besonders besorgniserregende Wirkstoffe dürfen grundsätzlich nicht genehmigt werden	Auf meine IP 25.3832 schreibt der Bundesrat: Besonders besorgniserregende Wirkstoffe «unterliegen Ausschlusskriterien, was bedeutet, dass sie grundsätzlich nicht genehmigt werden dürfen – es sei denn, es ist kein geeigneter Ersatzstoff verfügbar und der Nutzen für die Landwirtschaft wird als besonders hoch eingeschätzt.» Da die nicht genehmigungsfähigen Stoffe trotzdem genehmigt werden: - Wie hoch sind die Kosten ihrer Anwendung, für Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft? - Wie hoch jene eines Verzichts?
25.7821	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Zollkontingente für ausländische Weine - was tut der Bund für den Schweizer Wein?	Importe zu niedrigen Preisen setzen den Markt stark unter Druck und gefährden Schweizer Weinbaubetriebe. Artikel 22 Absatz 2 des Landwirtschaftsgesetzes regelt die Kriterien zur Verteilung von Zollkontingenten. - Ist der Bundesrat bereit, die Inlandleistung (Buchstabe b) zu nutzen, um den Absatz von schweizerischem Wein zu fördern? - Auf die Frage 25.7586 wird die Möglichkeit von Versteigerungen (Buchstabe a) erwähnt – beabsichtigt der Bundesrat, diese Versteigerungen anzuwenden?
25.7824	DE FR IT	Fra. Molina. Wie kommt der Bundesrat dazu, die Schweizer Aussenpolitik zu privatisieren?	Der Bundesrat hat CEOs und Konzernchefs aktiv in die Verhandlungen mit der US-Regierung über die von dieser erhobenen, völkerrechtswidrigen Zölle einbezogen und bezeichnet dies als «Team Switzerland». 1. Zu welchen Informationen haben diese Privatpersonen Zugang? 2. Auf welcher rechtlichen Grundlage werden vertrauliche Informationen mit ihnen geteilt? 3. Über welches Mandat verfügen sie, um für die Schweiz zu verhandeln? 4. Welche Massnahmen trifft der Bundesrat, um Interessenkonflikte zu vermeiden?
25.7834	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Schweizer Winzerinnen und Winzer und das Mercosur-Abkommen	Der Bundesrat hat das Abkommen mit Mercosur unterzeichnet. Dieses beinhaltet auch Regelungen zum Handel mit Wein. In Schweizer Weinbaukreisen nimmt die Besorgnis weiter zu. Angesichts des rückläufigen Weinkonsums in der Schweiz und der Tatsache, dass die Lagerbestände – zumindest in der Westschweiz – nicht von einem Jahr zum nächsten abgebaut werden, stellt sich die Frage: Hat der Bundesrat die Einfuhrkontingente für ausländischen Wein im Allgemeinen gesenkt oder den Grenzschutz verringert?
25.7841	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Biotope von nationaler Bedeutung als Biodiversitätsförderfläche angemeldet?	Auf meine Frage 25.7309 schreibt der Bundesrat, ein Teil der Biotope von nationaler Bedeutung befinde sich auf landwirtschaftlicher Nutzfläche (Flachmoore, Trockenwiesen und -weiden): «Es kann davon ausgegangen werden, dass eine grosse Mehrheit dieser Flächen als Biodiversitätsförderflächen angemeldet sind, die die Qualitätsstufe II erreichen und auch die

			Anforderungen an die Qualitätsstufe I erfüllen.» Auf welche Daten, Quellen, Untersuchungen stützt sich diese Aussage?
25.7844	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Zivildienst im Ausland	- Welche Anforderungen müssen erfüllt sein, damit Zivildienstleistende ihren Dienst im Ausland leisten können? - Wie viele Personen haben seit Einführung dieser Möglichkeit davon Gebrauch gemacht und wie viele EO-Beiträge werden jährlich für solche Auslandeinsätze ausbezahlt? - Welchen konkreten Nutzen hat die Schweiz von diesen Auslandeinsätzen? - In welchen Tätigkeitsbereichen sind diese Zivildienstleistenden tätig?
25.7857	DE FR IT	Fra. Gugger. Wie sieht es mit den Risiken von Pyrethroiden für Menschen und Insekten aus?	Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 25.7258: « De manière très simplifiée, on peut dire que les pyréthrénoïdes ont un score de risque élevé pour les eaux de surface et un score faible pour les eaux souterraines. » Pyrethroide stehen auch im Verdacht, unerwünschte Effekte (Risiken) für Nichtziel-Organismen zu haben, etwa Insekten und Menschen. - Um welche Effekte für Menschen und Insekten handelt es konkret? - Warum genau «vereinfacht» der Bundesrat «sehr», bei einem derart heiklen Thema?
25.7860	DE FR IT	Fra. Durrer. Wie ist der Bildungscampus der ETH in Heilbronn organisiert?	- Untersteht der Campus dem ETH-Gesetz? - Gelten bei den Anstellungen (Professuren etc.) die Rechtsgrundlagen der Schweiz? - Werden die Studierenden ETH-Studierenden in der Schweiz gleichgestellt (Aufnahmebedingungen, Studiengebühren etc.)? - Werden die Aufwände (Personal- / Infrastrukturkosten etc.) ausschliesslich über die Stiftung finanziert? - Welchen Einfluss haben die Bilateralen III auf dieses Projekt?
25.7867	DE FR IT	Fra. Roth Pasquier. Welche Folgen haben die US-Zölle für die Regionen?	Die Folgen der US-Zölle variieren je nach Region und Branche. Zahlreiche Industriezweige – etwa die Uhren- und Lebensmittelindustrie, die Chemie-, Metall- und Maschinenbaubranche sowie die Präzisionstechnik – sind besonders stark betroffen. Die aggregierten Zahlen des Bundes spiegeln nicht die regionalen Gegebenheiten wider, und Kurzarbeit ist keine nachhaltige Lösung. - Verfügt der Bundesrat über differenziertere Daten nach Regionen? - Zieht der Bundesrat Massnahmen in Betracht, um die betroffenen Branchen und Regionen zu unterstützen?
25.7873	DE FR IT	Fra. Badran Jacqueline. Soll der Absatz von zunehmend pestizidbelastetem Wein auch zunehmend gefördert werden?	Zu 25.7505 fragt der Bundesrat: «Wie können wir den Konsum, vorrangig von Schweizer Weinen, wieder in Schwung bringen?» und antwortet, das Parlament habe beschlossen, die Mittel für die Weinwerbung zu erhöhen. - Wie hat sich die Belastung von konventionellen und biologischen Weinen mit Pestiziden und PFAS entwickelt, seit 2000? - Falls die Belastung zunahm: Ist dies konform mit der Qualitätsstrategie Landwirtschaft und soll der Absatz von zunehmend belastetem Wein zunehmend gefördert werden?
25.7874	DE FR IT	Fra. Badran Jacqueline. Sollen Landwirte unterstützt werden, wenn sie über Jahre PFAS-	In der ausserordentlichen Session zu PFAS wurde mehrfach betont, dass Bäuer:innen keine Verantwortung für die jahrzehntelange Verwendung von PFAS-haltigem Klärschlamm, heute aber die Konsequenzen daraus

		haltige Pestizide eingesetzt haben?	tragen müssten. Der Nationalrat hat daraufhin entschieden, die Betroffenen zu unterstützen. - Wie steht es mit der Anwendung von über 200 PFAS-haltigen Pestiziden: Sollen Betroffene dereinst unterstützt werden, wenn sie jahrelang PFAS-Pestizide auf ihre Felder ausgebracht haben? - Wenn ja, warum?
25.7881	DE FR IT	Fra. Dettling. Zweiter Versuch	In der Beantwortung auf die Frage wie sich der Personalbestand beim BLW entwickelt hat seit 2005 schreibt der Bundesrat um plus 4 Stellen. In der Beantwortung auf den Vorstoss 11.319 erwähnt der Bundesrat selber die Zahl von 225. Auf der Homepage des BLW wird von über 300 Mitarbeitenden gesprochen. Zwischenzeitlich wurde z.B die Zulassungsstelle Pflanzenschutz ausgelagert. - Wie viele Mitarbeitende (FTE) beschäftigt das BLW aktuell? - Wie viele FTE wurden seit 2005 ausgelagert (z.B ins BLV)?
25.7909	DE FR IT	Fra. Walder. Wie geht die Schweiz mit israelischen Rüstungsunternehmen um, die in den Völkermord in Gaza involviert sind?	Amnesty International hat aufgezeigt, dass israelische Rüstungsunternehmen zum Völkermord an den Palästinenserinnen und Palästinensern beitragen. Ein solches Unternehmen hat sogar eine Tochterfirma in der Schweiz. - Wie überprüft die Schweiz dieses Unternehmen, und gleichermassen alle anderen Unternehmen, die auf der UN-Liste der Firmen in besetzten palästinensischen Gebieten stehen? - Welche Massnahmen – die gar bis zum Widerruf der Gründungsstatuten gehen können – ergreift die Schweiz, um die Geschäftstätigkeiten solcher Unternehmen zu unterbinden?

Bundeskanzlei

25.7851	DE FR IT	Fra. Porchet. Werden öffentliche Gelder eher für KI als für Kulturschaffende ausgegeben?	Gibt es für den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) bereits eine Charta, die für die gesamte Bundesverwaltung und andere staatliche Stellen gilt und die sicherstellen soll, dass der Einsatz von KI Kreative, Kulturschaffende sowie Übersetzerinnen und Übersetzer weder um ihre Arbeit noch um ihre Anerkennung bringt? Oder beabsichtigt der Bundesrat, eine solche Charta zu erarbeiten – etwa nach dem Vorbild der RTS-Charta vom 25. März 2025? - Falls ja: Welche zentralen Grundsätze sind vorgesehen, und wie sieht der Zeitplan für die Umsetzung aus? - Falls nein: Warum nicht?
---------	--	--	---

Justiz- und Polizeidepartement

25.7780	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Fast ein Jahr Stillstand: Blockiert der Bundesrat das Hisbollah-Verbot?	National- und Ständerat haben im Dezember 2024 gleichlautende Motionen angenommen und an den Bundesrat überwiesen, mit dem Ziel, die radikalislamische Terrororganisation Hisbollah zu verbieten. Fast ein Jahr nach der Überweisung ist weiterhin unklar, wann der Bundesrat die Forderung des
---------	--	---	---

			Parlaments umsetzt. Beabsichtigt Justizminister Jans nun endlich, eine Vernehmlassung zum Verbot der Hisbollah zu eröffnen, und bis wann wird er einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen?
25.7782	DE FR IT	Fra. Riner. Dublin-Überstellungen nach Italien und in weitere Staaten	Italien übernimmt seit Dezember 2022 keine Asylsuchenden mehr, für die das Land gemäss Dublin-Abkommen zuständig wäre. - Wie viele Asylsuchende blieben seit der Weigerung (Dez. 2022) durch Italien in der Schweiz? - Wie viele Asylsuchende blieben im gleichen Zeitraum durch Weigerung anderer Staaten in der Schweiz und um welche Staaten handelt es sich? - Welche Kosten entstanden dadurch für die Schweiz? - Welche Massnahmen ergriff/prüft die Schweiz gegen die Staaten, welche sich verweigern?
25.7783	DE FR IT	Fra. Riner. Wegweisungsvollzug nach Afghanistan	Medial gross angekündigt, ist seit April 25 der Wegweisungsvollzug nach Afghanistan für alleinstehende, volljährige Männer möglich. Auf meine Frage in der Sommersession erläuterte der Bundesrat, dass von April bis am 10. Juni 25 lediglich 1 Wegweisungsvollzug angeordnet wurde. Dies obschon sich ca. 11'350 volljährige, ledige Afghanen in der Schweiz aufhalten. Wie hat sich die Zahl seit der Antwort vom 10.6.25 bis heute verändert, bzw. wie oft wurde bis heute ein Wegweisungsvollzug angeordnet?
25.7793	DE FR IT	Fra. Feller. Privatunternehmen und E-ID: Werden selbst intime Daten wie beispielsweise die Grösse der Unterwäsche auf der E-ID vermerkt?	Im Kontext der Abstimmungskampagne zur E-ID wird regelmässig behauptet, dass Privatunternehmen die E-ID verstärkt dazu verwenden könnten, um Zugriff auf persönliche oder sogar intime Kundendaten zu erhalten. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass ein Unternehmen wie Zalando durch die E-ID tatsächlich mehr Informationen über uns erhalten würde, als es heute bereits besitzt?
25.7819	DE FR IT	Fra. Schläfli. Urteile wegen Menschenhandel zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft	- Wie viele rechtskräftige Urteile wegen Menschenhandel in der Schweiz betrafen in den letzten 10 Jahren Fälle von Arbeitsausbeutung? - In welchen Branchen fand in diesen Fällen die Ausbeutung statt?
25.7823	DE FR IT	Fra. Molina. Berichte über zunehmende und systematische Menschenrechtsverletzungen im griechischen Asylsystem	Unabhängige Berichte über Menschenrechtsverletzungen im griechischen Asylsystem – von Pushbacks über die Kriminalisierung von NGOs bis hin zur Obdachlosigkeit anerkannter Flüchtlinge – mehren sich. 1. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Schweizer Mittel nicht zu Grundrechtsverletzungen beitragen und dass Betroffene Zugang zu einem Asylverfahren erhalten? 2. Wie setzt er sich auf EU-Ebene für die Einhaltung internationaler Grundrechte ein? 3. Welche Konsequenzen zieht er bei Verstössen?
25.7843	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Verhüllungsverbot darf nicht mit Gesichtsmasken umgangen werden	Viele Touristinnen aus streng muslimischen Ländern umgehen das Verhüllungsverbot in der Schweiz, indem sie nebst dem Kopftuch eine Schutzmaske tragen. Dies allerdings nicht aus gesundheitlichen Gründen, sondern weil sie so das Verbot umgehen möchten. 1. Gibt es polizeiliche Kontrollen in den Tourismusregionen der Schweiz? 2. Wie kann der Gesetzesartikel vom Verhüllungsverbot angepasst werden, dass Gesichtsmasken nur auf Anordnung des Bundes oder eines Arztes in der Schweiz getragen werden dürfen?

25.7849	DE FR IT	Fra. Tschopp. Unterstützung des Taliban-Regimes?	Am 20. August 2025 erteilte die Schweiz vier Vertretern der Taliban-Regierung Visa. Während eines zweitägigen Aufenthalts in Genf befragten diese Vertreter 13 afghanische Staatsangehörige, um deren Herkunft im Hinblick auf eine mögliche Rückführung nach Kabul zu überprüfen. Die Erteilung erwähnter Visa überrascht. Russland ist einer der wenigen Staaten, welche die Taliban-Regierung anerkannt haben. Warum vergibt die Schweiz Visa an Vertreter der Taliban-Regierung, die sie selbst nicht anerkennt und die von der UNO als terroristisch eingestuft wird?
25.7852	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Werden die Herkunftsorte von Personen mit Schutzstatus S systematisch erfasst?	Im Hinblick auf die Umsetzung der Motion Friedli "Schutzstatus S auf wirklich Schutzbedürftige beschränken" (24.3378) und die derzeit noch nicht absehbaren künftigen Entwicklungen stellt sich die Frage, ob die ukrainischen Herkunftsorte von Personen mit Schutzstatus S systematisch erfasst und ggf. nacherfasst werden. 1. Seit wann werden die Herkunftsorte systematisch erfasst? 2. Werden noch nicht registrierte Herkunftsorte nacherfasst? - Falls ja: Bis wann? - Falls nein: Wieso nicht?
25.7856	DE FR IT	Fra. Addor. Wie lange bleibt die Polizeiakademie in Savatan noch bestehen?	– Trifft es zu, dass die Kantone Waadt und Genf beim Bund Gesuche gestellt haben, um das Nutzungsrecht für den Standort Savatan zur Ausbildung ihrer Polizeiaspirantinnen und -aspiranten zu verlängern? – Wie hat der Bundesrat auf diese Gesuche reagiert? – Wie lange können die Aspirantinnen und Aspiranten aus den Kantonen Waadt und Genf noch mit einer Ausbildung in Savatan rechnen?
25.7868	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. BAZ Kreuzlingen: Wie schützt der Bundesrat die Bevölkerung vor kriminellen Asylmigranten? Zweiter Versuch.	Am 29.8.25 haben 2 Algerier und 1 Marokkaner am Bhf. Kreuzlingen einen Mann mit einem Messer bedroht, verletzt und ausgeraubt (25.7657). Die Frage, ob die Täter aus dem BAZ Kreuzlingen sind, ob die Tat im Ausgang erfolgte und ob sie in U-Haft od. auf freiem Fuss sind, blieb mit Verweis auf das Strafverfahren unbeantwortet. Das ist schlicht nicht nachvollziehbar, zumal daran ein öff. Interesse besteht. Wird die Frage im zweiten Anlauf transparent beantwortet - oder hat das SEM etwas zu verbergen?
25.7882	DE FR IT	Fra. Steinemann. Schiedsgerichte als Entlastung in Scheidungsverfahren	Am 6. Juni 2025 hat der Bundesrat einen Bericht zu Reformvorschlägen im Familienverfahren vorgelegt. Anknüpfend an diesen Bericht stellt sich die Frage, inwieweit die Schiedsgerichtsbarkeit die schwer belastete staatliche Ziviljustiz entlasten könnte. Dazu folgende Fragen: 1. Ist der Bundesrat bereit, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um Schiedsgerichtsbarkeit in Scheidungssachen zu ermöglichen? 2. Könnte er sich allenfalls Zwischenlösungen wie Validierungen durch das staatliche Gericht vorstellen?
25.7884	DE FR IT	Fra. Dettling. Wurde das Alter des Madonnaschänders nun abgeklärt?	In Beantwortung auf die Frage 24.7993 versteckt sich das SEM vor dem angeblichen Einzelfall. Gleichzeitig wird darin erwähnt, dass im Falle einer Straftat, das Alter abgeklärt werden kann. Wurde beim Madonnaschänder von Einsiedeln das Alter medizinisch abgeklärt? - Bei knapp 50 % aller Abgeklärten im Jahr 2024 wurde festgestellt, dass sie beim Alter gelogen haben? - Welche Nationalität führt diese Rangliste an? Bitte erste 3 Plätze angeben. - Was passiert strafrechtlich mit denjenigen die gelogen haben?

25.7893	DE FR IT	Fra. Dettling. Als angeblicher afghanischer UMA in die Schweiz gekommen und nun plötzlich 10 Jahre älter und Pakistani, alles staatlich bewilligt!	Der oben erwähnte Fall wurde in den Medien publik. Im System Zemis wurde die Änderung einfach so gemacht. - Nun stellt sich die Frage, was für eine zwingende Strafe gemäss Strafrecht der Systembetrüger zu erwarten hat? - Wird dem Betrüger die Aufenthaltsbewilligung zwingend und umgehend entzogen? - Wird hier bei einem so massiven Betrugsfall das SEM aktiv? - Bei wie vielen Asylanten wurde 2024 die Nationalität oder das Alter 2024 nachträglich geändert? - Wie viele Asylanten haben das Geburtsdatum 1. Januar?
25.7895	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Verpixelte Bilder für Fahndungen - Warum geht Täterschutz und Datenschutz weiter als die Sicherheit der Bevölkerung?	Viele Kantonspolizeien verpixeln heute die Bildern, wenn Straftäter öffentlich gesucht werden. Erst wenn die Täter nicht gefunden werden, kündigt man an, dass dann die Bilder unverpixelt gezeigt werden. 1. Wieso gewichtet man den Datenschutz /Persönlichkeitsschutz dieser Straftäter stärker als die Sicherheit der Bevölkerung und den Fahndungserfolg? 2. Auf welchen gesetzlichen Grundsatz stützen sich die Strafverfolgungsbehörden, dass die Bilder nicht von Anfang an unverpixelt gezeigt werden können?
25.7903	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Online-Ausstellung E-ID, gibt es Subunternehmer?	Die Ausschreibung zur Online-Ausstellung der E-ID wurde an die Firma ELCA vergeben. Entwickelt diese das System alleine oder gibt es Sub- und Subsubunternehmer?
25.7905	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Transparenz zum Resettlement-Programm	Obwohl die Asyl-Gesamtbestände auf Rekordniveau liegen, Gemeinden/Kantone überlastet sind und Kosten/Kriminalität massiv ansteigen, hat der Bundesrat am 30.4.25 beschlossen, das Resettlement-Programm zu reaktivieren und 1'600 Asilmigranten direkt in die Schweiz einzufliegen. 1. Wieviele Personen wurden seither in die Schweiz geholt? 2. Aus welchen Ländern und welche Nationalitäten? 3. Wer hat die Flüchtlingseigenschaft geprüft? 4. Welche Totalkosten sind dadurch bisher entstanden?
25.7906	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Identitätsdiebstahl im Aktivierungsprozess der unsicheren E-ID	- Ist der Bundesrat bereit, sämtliche technischen Komponenten der E-ID, der «Swiyu-App» und insbesondere die Komponente für den Identitätsprüfungsprozess sofort öffentlich zugänglich zu machen? - Ist der Bundesrat bereit einen legalen Rahmen für «Friendly Hacker» zu schaffen, um die eklatanten Schwächen des Video-Ident-Verfahrens noch vor dem Abstimmungstermin vom 28. September 2025 aufzeigen zu können?
25.7907	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Bessere Lösung für Altersverifikation als E-ID?	Die Piratenpartei hat eine weitere Möglichkeit zur Altersüberprüfung im Internet als mit der E-ID vorgeschlagen. Im Quelltext einer Webseite soll vermerkt sein, ob das Alter abgefragt werden muss. Der Browser erkennt dies automatisch und fragt bei Bedarf ein vorher von den Eltern festgelegtes Passwort ab. Ist dies nicht eine deutlich datensparsamere, einfachere und bessere Umsetzung als mit einer E-ID?
25.7912	DE FR IT	Fra. Tuena. Intervention einer Schweizer Botschaft im asiatischen Raum bezüglich Nennung der Hautfarbe im nationalen Fahndungssystem RIPOL	Gemäss Medienberichten dürfen alle Schweizer Polizistinnen und Polizisten die Hautfarbe von gesuchten Personen im nationalen Fahndungssystem RIPOL nicht mehr eintragen. Grund dafür sei gemäss Bundesrat Beat Jans (Antwort in der Fragestunde vom 15. September 2025) "eine Meldung einer Schweizer Botschaft im asiatischen Raum"

In welchem asiatischen Land befindet sich diese Botschaft? Um welche Person genau (Rang dieser Person) handelt es sich innerhalb dieser Botschaft?

Finanzdepartement

25.7781	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Israelischer Fonds für Rüstung und Sicherheit	Die ehemalige Fedpol-Chefin und ein Geschäftsleitungsmitglied der Swiss Innovation Forces von RUAG sollen gemäss Sonntagszeitung vom 14.9.25 im Advisory Board des israelisch-schweizerischen Investmentfonds Champel Capital, der im Bereich Sicherheit und Rüstung 100 Millionen Dollar in Firmen investiert, ihre Expertise einbringen. Wie will der Bundesrat Interessenskonflikte und den Austausch von geheimen Informationen und Daten verhindern?
25.7784	DE FR IT	Fra. Page. Folgen der Abschaffung des Eigenmietwerts auf Wohnrechte	Falls der Eigenmietwert abgeschafft wird, entfällt dann auch der Eigenmietwert für Wohnberechtigte – unabhängig davon, ob sich die mit dem Wohnrecht belastete Wohnung im Privat- oder Geschäftsvermögen der Eigentümerin oder des Eigentümers befindet?
25.7829	DE FR IT	Fra. Fonio. Vorsicht vor Italiens angekündigter Verletzung der Abkommen mit der Schweiz	Im Juli hat die Region Lombardei angekündigt, die Erhebung der Gesundheitssteuer stehe unmittelbar bevor. Diese Abgabe ist nicht in kausaler Form ausgestaltet, sondern hat Steuercharakter: Vom Nettolohn der Grenzgängerinnen und Grenzgänger werden mindestens 3 Prozent erhoben. Infolgedessen steht sie im Widerspruch zu Artikel 9 des bilateralen Abkommens. Hat der Bundesrat die Absicht, unverzüglich bei den italienischen Behörden zu intervenieren, um diese Massnahme zu verhindern? Wenn man zuwartet, lässt man zu, dass Italien das Abkommen verletzt, mit den entsprechenden negativen Folgen für die Unternehmen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
25.7832	DE FR IT	Fra. Pamini. Anzahl der für Autos passierbaren Grenzübergänge	Wie viele Grenzübergänge – nach unten beschriebenen Kategorien unterteilt – sind in der Schweiz insgesamt für den motorisierten Individualverkehr mit Personenwagen passierbar? - Autobahn-Grenzübergänge (z. B. Basel–St. Louis, Chiasso–Brogeda). - Grenzübergänge auf Hauptstrassen (z. B. Ponte Chiasso, Stabio–Gaggiolo, Bizzarrone, Gandria). - Grenzübergänge auf Nebenstrassen (z. B. Arzo, St. Pietro di Stabio). - Grenzübergänge auf Land- und Feldstrassen.
25.7835	DE FR IT	Fra. Schneeberger. Bestandsaufnahme der neuen MWST-Plattformbesteuerung	Seit dem 1.1.25 gilt die MWST-Plattformbesteuerung. Gemäss der bundesrätlichen Antwort auf meine Anfrage 25.1003 waren im März 20 Plattformen mit Sitz im Ausland gemeldet. 1. Wie haben sich die Anzahl der MWST-Anmeldungen und Steuerveranlagungen von Plattformen mit Sitz im Ausland seither entwickelt? 2. Mit welchen konkreten Massnahmen und bei wie vielen Unternehmen hat die ESTV seit dem 1.1.25 nachgefasst, um sicherzustellen, dass alle Plattformen ihre MWST-Pflicht vollständig erfüllen?

25.7837	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Wie wird sichergestellt, dass es bei Nebentätigkeiten von Mitarbeitenden des Bundes nicht zu Interessenkonflikten kommt?	Gemäss Berichterstattung der Bauernzeitung vom 12. September besteht bei einem Mitarbeitenden des BLW der Verdacht von Interessenkonflikten, da er zugleich Co-Präsident einer kantonalen WWF Organisation ist. Welche Regeln diesbezüglich hat die Bundesverwaltung und wie wird deren Umsetzung sichergestellt.
25.7859	DE FR IT	Fra. Schneider-Schneiter. Kein Swiss Finish bei der neuen Pflicht für die digitale Klimaberichterstattung	Ab Geschäftsjahr 2024 sind Schweizer Unternehmen verpflichtet , Klimadaten in einem von Maschinen lesbaren Format zu veröffentlichen. In der EU gilt diese Pflicht erst ab 2027, und erst auf diesen Zeitpunkt hin dürften die digitalen Reporting-Standards in der EU finalisiert werden. - Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Unternehmen diese neue Pflicht trotz fehlendem internationalem Standard umsetzen können? - Wie verhindert er, dass Fehlinvestitionen in Übergangslösungen getätigt werden müssen?
25.7861	DE FR IT	Fra. Addor. G7-Gipfel in Evian 2026: Welche Massnahmen sind vorgesehen, um die öffentliche Ordnung in der Schweiz sicherzustellen?	Im Juni 2003 löste der G8-Gipfel in Evian heftige Unruhen in Genf aus. Im Juni 2026, 23 Jahre später, wird Evian Gastgeber des G7-Gipfels sein. 1. Welche Massnahmen hat der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen, insbesondere an der Grenze, bereits getroffen oder plant er zu ergreifen, um die öffentliche Ordnung angesichts der erwarteten Demonstrationen sicherzustellen? 2. Was bedeutet dies konkret für das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, und welche Auswirkungen sind für das Personal zu erwarten? 3. Wann wird das Personal darüber informiert?
25.7863	DE FR IT	Fra. Gugger. Steuerdebakel Waadt: Finanzausgleich betroffen?	Berichte aus dem Frühjahr kritisieren die fehlerhafte Vermögenssteuerberechnung im Kanton Waadt, die ihm mutmasslich mehrere Millionen Franken kostete. Da Waadt Nehmerkanton im nationalen Finanzausgleich ist, könnten die Fehler auch andere Kantone und den Bund betreffen. - Teilt der Bundesrat diese Einschätzung? - Können bereits geleistete Ausgleichszahlungen korrigiert werden? - Welche Massnahmen plant er, um solche Fehler künftig zu verhindern?
25.7876	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Swissmint-Chaos: Ursachen aufdecken und Lehren ziehen	Der Verkauf der limitierten 100-Franken-Goldvreneli durch Swissmint endete für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger trotz Bestellbestätigung im Chaos. Bestellungen wurden im Nachhinein storniert, die Kommunikation war intransparent und die IT-Infrastruktur überlastet. Welche Massnahmen werden ergriffen, damit solche Vorfälle nicht wieder passieren – sowohl technischer Infrastruktur, der Bewerbung solcher Aktionen und der Informationen der Käufer?
25.7891	DE FR IT	Fra. Feller. Verwaltung der Publica-Liegenschaften: Warum keine lokale sozioökonomische Verankerung mehr?	Die Pensionskasse des Bundes Publica ist Eigentümerin zahlreicher Mietliegenschaften in rund fünfzig Gemeinden in der ganzen Schweiz. Gewissen Quellen zufolge soll Publica alle Verträge mit lokalen Liegenschaftsverwaltungen per 31. Dezember 2025 gekündigt haben, um die Verwaltung ihrer Liegenschaften einem einzigen Unternehmen zu übertragen. - Stimmt das? - Wenn ja, in welcher Sprachregion ist die künftig einzige Verwaltung der Publica-Liegenschaften ansässig?
25.7902	DE FR IT	Fra. Schilliger. Verzinsung von COVID-Darlehen durch die Sportvereine	Die Sportvereine müssen die offenen COVID-Darlehen verzinsen. Aktuell wird ein Zins von 5% pro Jahr eingefordert. Meine Frage dazu: beurteilt der Bundesrat diesen Zins

im aktuellen Zinsumfeld der Schweiz als richtig oder kann er sich eine Neubeurteilung vorstellen?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

25.7797	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Was sind "geheime Verschlussachen" im EU-Schweiz Vertragspaket?	Im Vertragstext steht im besten Brüsseler Bürokratendeutsch vielsagend, dass als geheime «Verschlussachen» eingestufte Dokumente dem Schweizer Volk nicht mehr zugänglich gemacht werden dürfen. - Können so die Schweiz und die EU geheime Impfstoff-Lieferverträge abschliessen? - Würde so die Befugnis des eidgenössischen Öffentlichkeitsbeauftragten ausgehebelt? - Welche konkreten Beispiele für "geheime Verschlussachen" gibt es?
25.7799	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Die offizielle Schweiz in Afghanistan: Welche Kosten entstehen durch die Eröffnung des neuen Büros? Fahren auch andere westliche Staaten ihre Präsenz in Kabul wieder hoch?	Die Schweiz hat in Kabul ein so genanntes Verbindungsbüro eröffnet. - Haben andere westliche Staaten ihre Präsenz in Kabul ebenfalls hochgefahren? - Falls ja, welche? - Warum hat die Schweiz diesen Schritt ausgerechnet jetzt gemacht? - Kann man aus diesem Vorgehen schliessen, dass die Schweiz die Taliban-Regierung nun quasi "offiziell" anerkennt? - Wie viel kostet der Betrieb dieses Büros? - Aus welchem Budget wird es finanziert? - Sind Folgekosten zu erwarten, zum Beispiel für «Projekte» irgendwelcher Art?
25.7809	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Welche Massnahmen bei Expansionsvorhaben Israels ergreifen?	Derzeit wird immer offensichtlicher, dass Israel den gesamten Gazastreifen besetzen wird und auch im Westjordanland seine Besatzungspolitik vorantreibt. Es gibt Befürchtungen, dass die zunehmend rechtsradikale Regierung in Israel ein einziges «Grossisrael» anstrebt. Würde bei einer Konkretisierung dieses Vorhabens die Schweiz die Beziehungen zu Israel anpassen und schärfere Sanktionen unterstützen?
25.7826	DE FR IT	Fra. Molina. Systematische ökonomische Marginalisierung der Bahá'í und anderer Minderheiten im Iran	Seit 1979 werden die Bahá'í im Iran systematisch verfolgt. In den letzten Monaten waren über 20 Familien in Isfahan von der Beschlagnahmung ihrer Häuser, Bauernhöfe, Fahrzeuge und Bankkonten betroffen. Auch die christlichen, sunnitischen, kurdischen oder belutschischen Minderheiten sind von struktureller Benachteiligung betroffen. Welche Schritte plant der Bundesrat, um die iranischen Behörden zur Beendigung dieser ökonomischen Marginalisierung und politischen Unterdrückung zu drängen?
25.7838	DE FR IT	Fra. Porchet. Schutz der nach Gaza segelnden Schweizerinnen und Schweizer	Schweizer Staatsangehörige sind Teil der Flottille «Waves of Freedom», die humanitäre Hilfe nach Gaza bringen will. Die dortige Bevölkerung leidet unter einer schweren Hungersnot, die durch die israelische Regierung verursacht wurde. Die Teilnehmenden riskieren dabei, abgefangen oder verhaftet zu werden. Kann der Bundesrat angeben, welche diplomatischen oder sonstigen Schutzmassnahmen er zu ergreifen gedenkt, um die Sicherheit der Schweizer

			Teilnehmenden zu gewährleisten und sich für ihre Rechte einzusetzen?
25.7855	DE FR IT	Fra. Walder. Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK: Welche Unterstützung leistet die Schweiz?	Nach dem historischen Entscheid der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), ihre Waffen niederzulegen, wurde im August dieses Jahres ein Ausschuss im türkischen Parlament eingesetzt, der den rechtlichen Rahmen für den Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK ausarbeiten soll. Der Bundesrat erklärte in seiner Antwort auf die Frage 25.7096, dass die Schweiz bereit sei, ihre guten Dienste zur Verfügung zu stellen. - Hat die Schweiz zu diesem Zweck eine der beiden Konfliktparteien kontaktiert? - Setzt sich die Schweiz weiterhin für eine Verbesserung der Haftbedingungen oder sogar für die Freilassung des PKK-Gründers Abdullah Öcalan ein?
25.7872	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Genozid im Gazastreifen	Die vom UNO-Menschenrechtsrat eingesetzte Untersuchungskommission kommt in ihrem Bericht vom 16. September zum Schluss, dass Israel im Krieg, den es als Reaktion auf die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 im Gazastreifen führt, einen Genozid an den Palästinenserinnen und Palästinensern begeht. Schliesst sich der Bundesrat dieser Einschätzung an?
25.7878	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. EU-Vertragspaket: Erkennt der Bundesrat die Tragweite der Rechtsübernahme?	In Feusi Fédéral (Ep.173) behauptete Bundesrat Cassis, für ein CH-Unternehmen, das nicht in die EU exportiere, ändere sich mit den neuen EU-Verträgen überhaupt nichts: "Es übernimmt gar keine Regulierung für seine Produkte." Und: "Wenn ich als Unternehmen nur Erdbeerenkonfitüren für die Schweiz mache, dann ist es mir egal, was die EU reguliert." Hat der Bundesrat nicht erkannt, dass die neuen EU-Verträge auch für CH-Unternehmen gelten, die nicht in die EU exportieren?
25.7883	DE FR IT	Fra. Badertscher. Drohende Hungersnot im Sudan	Die Lage in der sudanesischen Stadt El Fasher, die seit Mai 2024 belagert wird und in der Ende letzten Jahres eine Hungersnot ausgerufen wurde, spitzt sich zu. UNICEF schätzt, dass sich noch 260 000 Zivilisten, darunter 130 000 Kinder, in El Fasher aufhalten und vom Verhungern bedroht sind. Wird sich der Bundesrat bei den Konfliktparteien direkt dafür einsetzen, humanitäre Hilfe nach El Fasher zuzulassen, bevor in den kommenden Wochen Tausende Menschen an Hunger sterben?
25.7892	DE FR IT	Fra. Walder. Bekämpfung der Straflosigkeit im Sudan: Unterstützung der Untersuchungsmission	Die mangelnde Strafverfolgung ist eine der Hauptursachen für die wiederkehrende Gewalt im Sudan. Der Menschenrechtsrat debattiert derzeit über die Verlängerung des Mandats der Untersuchungsmission für den Sudan. Wird die Schweizer Regierung der Resolution zum Sudan zustimmen, damit die Verantwortlichen für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden können?
25.7910	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Sexuelle Gewalt gegen Frauen im Sudan	Frauen im Sudan sind am stärksten von dem Konflikt betroffen. Sie sind verschiedensten Formen sexueller Gewalt ausgesetzt. Hat die Schweiz Pläne, spezifische Unterstützung zu leisten, um Schutz, Betreuung, Behandlung und Unterstützungsmechanismen für Überlebende sexueller Gewalt zu gewährleisten?
25.7889	DE FR IT	Fra. Rutz Gregor. Transparente Information: Unterbreitet der Bundesrat die Verordnungsänderungen zum	Sobald ein Gesetz beschlossen ist, kann eine Verordnung erarbeitet werden. Bei den anstehenden Verträgen mit der EU ist es anders: Das Parlament kann an den Verhandlungsergebnissen keine materiellen

		EU-Vertragspaket zusammen mit den notwendigen Gesetzesrevisionen?	Änderungen vornehmen. Daher ist es möglich, bereits jetzt nicht nur die nötigen Gesetzesänderungen, sondern auch die Verordnungen und weiteren Ausführungsbestimmungen zu formulieren. Wird der Bundesrat dem Parlament mit der Botschaft neben den Gesetzes- auch die Verordnungsänderungen unterbreiten?
25.7899	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Bundesrat bewilligt DEZA-Projekt im Westjordanland (Zone C) – ein Bauvorhaben, das laut Oslo-Abkommen illegal ist	Die DEZA finanzierte 2025 im Gebiet Ayn al-Amud (Zone C, Westjordanland) ein Projekt, bei dem eine natürliche Quelle zu einer Art Pool umgestaltet wurde. Diese Zone steht laut Oslo-Verträgen vollständig unter israelischer Verwaltung, und es soll zudem ein Baustopp der israelischen Altertumsbehörde bestanden haben. Warum bewilligte der Bundesrat ein in Zone C laut Oslo-Abkommen illegales Projekt, und welche weiteren Projekte förderte er 2020–2025 in den Zonen A–C?
25.7900	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Gemischte Ausschüsse: Wer wirkt bei der Beschlussfassung mit und wer vertritt die Interessen der Schweiz?	Die Gemischten Ausschüsse (GA) haben bereits heute im Rahmen der Durchführung der bilateralen Abkommen die Aufgabe, im Rahmen ihrer Kompetenzen erhebliche Anpassungen vorzunehmen. Unklar ist, wer genau bei diesen wichtigen Beschlüssen mitwirkt und die Interessen der Schweiz vertritt. So wurde im Beschluss vom 3.7.2018 (1/2018) nur die Präsidentin des GA aufgeführt. Wer (Vorname, Name und Funktion) vertritt in den GA die Interessen der Schweiz und weshalb werden ihre Personalien nicht publiziert?
25.7911	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Gemischte Ausschüsse Schweiz / EU: Wie ergebnisoffen sind ihre Entscheide?	Die Gemischten Ausschüsse Schweiz / EU (GA) haben bereits heute im Rahmen der Durchführung der bilateralen Abkommen die wichtige Aufgabe, Anpassungen mit erheblichen Aussenwirkungen vorzunehmen. - Wie viele Beschlüsse der GA Schweiz / EU gibt es bis heute? - In wie vielen Fällen haben die GA dabei die Anpassung im Sinne der EU resp. des EU-Rechts vorgenommen? - In wie vielen Fällen haben die GA im Sinne der Schweiz entschieden? - Wie wird die auffällige Einseitigkeit der Beschlussfassung begründet?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

25.7795	DE FR IT	Fra. Sormanni. Revision des Strassenverkehrsgesetzes (SVG), Artikel 52: Verordnung in Vernehmlassung!	Das Verbot von Rundstreckenrennen wurde vom Parlament aufgehoben, mit einer Änderung von Artikel 52 SVG (SR 741.01) im Rahmen des Geschäfts 21.080 Strassenverkehrsgesetz. Änderung. Der Text wurde von beiden Kammern in der Schlussabstimmung am 17. März 2023 angenommen. Es liegt ein Verordnungsentwurf mit Sanktionen vor, der nicht dem Willen des Parlaments entspricht.
25.7802	DE FR IT	Fra. Masshardt. Fünf neue Reservekraftwerke: jährliche Zusatzkosten pro kWh für Verbrauchende?	Der Bundesrat plant 583 MW in Form von fünf neuen Reservekraftwerken. Die Kosten dafür werden den Verbrauchenden über den Netznutzungstarif verrechnet. - Von welchen jährlichen Zusatzkosten pro kWh geht der Bundesrat aktuell bis 2030 respektive bis zur Inbetriebnahme der Kraftwerke zum aktuellen Planungsstand aus? - Und wie hoch waren die jährlichen Zusatzkosten in den vergangenen Jahren für das Reservekraftwerk in Birr und über welchen Zeitraum werden diese erhoben?

25.7803	DE FR IT	Fra. Kamerzin. Zunehmende Wolfspopulation in der Schweiz	Die Wolfspopulation in der Schweiz scheint trotz Regulierung nicht abzunehmen. – Wie hoch wird die gegenwärtige Zahl der Wölfe in der Schweiz geschätzt? – Wie hoch wird die gegenwärtige Zahl der Rudel in der Schweiz geschätzt? – Wie lauten die Prognosen zur Wolfspopulation und zur Zahl der Rudel in den nächsten fünf Jahren?
25.7804	DE FR IT	Fra. Kolly. Wann tritt das RPG 2 in Kraft, insbesondere Artikel 25 Absatz 5 RPG?	Die am 29. September 2023 angenommene Änderung des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) wird Kantone und Eigentümer vor Herausforderungen stellen. Allerdings stärkt Artikel 25 Absatz 5, der eine Verjährung nach 30 Jahren vorsieht, die Rechtssicherheit. Ungeachtet dessen verfügen die Gerichte weiterhin Wiederherstellungen (siehe Urteil 1C_16/2025). - Wann tritt Artikel 25 Absatz 5 RPG in Kraft? - Ist dem Bundesrat bekannt, dass Eigentümer seit zwei Jahren Wiederherstellungsentscheide akzeptieren müssen, obwohl der Gesetzgeber eine 30-jährige Verjährungsfrist gesetzlich verankern will?
25.7810	DE FR IT	Fra. Trede. Handlungsspielraum des Bundes bei Aufdachsolaranlagen	Aktuelle Daten zeigen: Der Solarausbau auf Dächern und Fassaden ist 2025 gegenüber den Vorjahren zurückgegangen - und dies obwohl die Schweiz mit dem Stromgesetz ambitioniertere Ausbauziele festgelegt hat, und der Netzzuschlagsfonds über genügend Reserven verfügt und sich sogar vorübergehend verschulden könnte. Hat der Bundesrat vor seinen Handlungsspielraum zu nutzen und die Anreize für den Ausbau mit den diversen Stromgesetz-Instrumenten für das Jahr 2026 zu verbessern?
25.7811	DE FR IT	Fra. Trede. Reichen die versprochenen Massnahmen, um Milliardenkosten durch PFAS zu verhindern?	Bundesrat Röstli erklärte in der ausserordentlichen Session PFAS, wir können uns Milliardenkosten auf Grund einer PFAS-Belastung von Boden, Wasser, Luft oder Menschen nicht leisten. Laut foreverpollution.eu könnten diese Kosten in der Schweiz auf eine Milliarde in 20 Jahren minimiert werden, würde der Eintrag von PFAS sofort gestoppt. Anderenfalls drohten Kosten von bis zu 26 Milliarden. - Wie bewertet der Bundesrat die genannten Einschätzungen? - Wie konkret will er diese Milliardenkosten verhindern?
25.7812	DE FR IT	Fra. Trede. Was tut der Bundesrat zur raschen und konsequenten Reduktion von PFAS?	Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 25.7569, er habe eine Vernehmlassung zur Änderung der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung eröffnet. Darin würden Verbote des Inverkehrbringens von Gegenständen vorgeschlagen, wenn sie das PFAS Perfluorhexansäure enthalten und dieses leicht ersetzt werden kann. - Wie definiert er «leicht» ersetzt? - Sieht er ein Verbot des PFAS Perfluorhexansäure auch in Gasen, Flüssigkeiten, Gels, Pulver etc., nicht nur in Gegenständen vor? - Was tut er bezüglich anderer PFAS?
25.7815	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Wie hoch ist die Finanzierungslücke für die nationalen Biotope aufgrund der ständig steigenden Kosten eines ungenügenden Biotopschutzes?	Der Bericht «Wirkungskontrolle Biotopschutz Schweiz» stellt in allen Lebensraumtypen grosse Qualitätsverluste fest. Dies führt zu ständig steigenden Kosten für den gesetzeskonformen Schutz und Unterhalt sowie die Sanierung der Biotope. 2017 ermittelte das Bafu die wiederkehrenden Kosten und Finanzierungslücke. Seither liegen keine aktualisierten Zahlen vor. Wie entwickelte sich die Finanzierungslücke der nationalen Biotope seit 2017, unter Einbezug der Verschlechterung der Qualität der Biotope ?

25.7822	DE FR IT	Fra. Schnyder Markus. Sind die heutigen Wolfskompartimente gut geeignet, damit die Kantone das Wolfsmanagement zeit- und fachgerecht ausführen können?	Der Vollzug des Wolfsmanagements liegt im Kompetenzbereich der Kantone, die heutigen Kompartimente (es gibt deren 5) sind kantonsübergreifend (zum Teil über diverse Kantone). Die heutige Praxis zeigt, dass die Kantone vielfach lange warten, bis ein Gesuch gestellt wird, da es offensichtlich anspruchsvoll ist, festzustellen wann und ob die Kriterien für eine Regulationsmassnahme erfüllt sind.
25.7828	DE FR IT	Fra. Ryser. Was genau weiss der Bundesrat über die mehr als zehntausend PFAS?	Auf die Ip. 25.3828 antwortete der Bundesrat: «Von etwa einem Dutzend PFAS-Verbindungen ist bekannt, dass sie in relevanten Konzentrationen im Boden vorkommen. Die Auswahl an Verbindungen in der Analyse des Bundes beruhte auf verschiedenen Kriterien». - Welche Kriterien sind das konkret? - Von den über zehntausend bekannten PFAS: Zu wie vielen davon gibt es toxikologische Gutachtachten (in absoluten und relativen Zahlen)? - Wie viele können in Wasser, Nahrung und Böden gemessen werden?
25.7839	DE FR IT	Fra. Töngi. Welche Beispiele gibt es, wonach Tempo 30 die Strassenhierarchie schwächt?	Das Hauptanliegen der Motion Schilliger ist die Wahrung der Hierarchie des Strassennetzes. Kann der Bundesrat den Zusammenhang erklären zwischen der Wahrung der Strassenhierarchie und der Priorisierung von lärmarmen Strassenbelägen? Untersuchungen der Schweizerischen Vereinigung der Mobilitäts- und Verkehrsfachleute SVI zeigen aber, dass Tempo 30 die Strassenhierarchie nicht schwächt. Hat der Bundesrat Beispiele, die das Gegenteil zeigen?
25.7842	DE FR IT	Fra. Molina. Zusammensetzung der Schweizer Delegation an der COP30	Am 12.11.25 teilte der Bundesrat per Medienmitteilung mit, dass die Schweizer Delegation an der COP30 auch Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaftskreisen umfasse. Welche Verbände und Unternehmen sind in der Delegation vertreten? Nach welchen Kriterien wurden sie ausgewählt?
25.7853	DE FR IT	Fra. Tuosto. Ausbremsen der allgemeinen Einführung von Tempo-30-Zonen: Kosten-Nutzen-Verhältnis zwischen Tempo-30-Zonen und lärmarmen Belägen	Laut dem erläuternden Bericht des Bundesrats sollten Dörfer und Städte vorrangig lärmarme Beläge einsetzen, bevor sie Geschwindigkeitsbegrenzungen einführen. Die Erfahrung und insbesondere die Beratungsstelle für Unfallverhütung zeigen jedoch, dass eine Tempo-30-Zone wirksamer und deutlich kostengünstiger ist. - Kann der Bundesrat das langfristige Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser beiden Massnahmen vergleichen? - Wer trägt die Mehrkosten für die Gemeinden: der Bund, der TCS oder andere Akteure?
25.7862	DE FR IT	Fra. Mahaim. Umwelteinträge von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS): Wo und auf welche Weise erfolgt dies bewusst und absichtlich?	PFAS können die Umwelt bei der Herstellung wie auch bei der Anwendung und der Entsorgung belasten. Meist geschieht dies unbeabsichtigt. Bei den rund 220 PFAS-haltigen Pestiziden verhält es sich jedoch anders: Sie werden bewusst im Freien eingesetzt. Die Anwendung von PFAS-haltigen Pflanzenschutzmitteln führt zu bewussten Umwelteinträgen von PFAS. Teilt der Bundesrat diese Einschätzung? Und auf welche weiteren Produkte trifft diese Feststellung ebenfalls zu?
25.7865	DE FR IT	Fra. Addor. IT-Fachkräfte der Post nach Portugal ausgelagert: eine Form des Lohndumpings?	- Wie hoch sind beziehungsweise werden die Löhne bei der «Schweizer» Post im Vergleich zu jenen sein, die das Unternehmen IT-Fachkräften zahlt, die in der Schweiz angestellt oder beschäftigt sind? - Bedeutet diese Auslagerung nicht eine Form von Lohndumping, die für ein Unternehmen mit dem Bund als alleinigem Eigentümer inakzeptabel ist?
25.7871	DE FR IT	Fra. Jauslin. Ab 2030 soll jede Verpackung in der EU recyclingfähig sein – was tut die	Laut der europäischen Verpackungsverordnung (PPWR) soll ab 2030 jede Verpackung recycelbar sein. Ab Mitte 2026 gelten bezüglich ökologischer Nachhaltigkeit und

		Schweiz, insbesondere bei PFAS in Verpackungen?	Kennzeichnung strengere Anforderungen. Die neue Verordnung regelt auch den Einsatz von gesundheitsschädigenden Stoffen in Verpackungen, die direkt mit Lebensmitteln in Kontakt kommen - etwa von PFAS. - Welche Ziele der PPWR übernimmt die Schweiz und bis wann? - Welche übernimmt sie nicht? - Wie unterstützt der Bundesrat die Umsetzung?
25.7879	DE FR IT	Fra. Feller. Verlagerung von Arbeitsplätzen: Sind dem Bundesrat die strategischen Absichten der Post bekannt?	Auf Fragen von Parlamentsmitgliedern zu Geschäftsmodell und Entscheidungen der Führungsspitze der Post betont der Bundesrat stets, dass er die strategischen Ziele vorgibt, auf das operative Geschäft aber grundsätzlich keinen Einfluss nimmt. - Sind dem Bundesrat die langfristigen strategischen Absichten der Post bei der Verlagerung von Arbeitsplätzen, insbesondere im IT-Bereich, bekannt? - Wenn ja, wie lauten diese Absichten?
25.7880	DE FR IT	Fra. Schlatter. TFA: Wie geht eine Güterabwägung ohne ausreichende Grundlage?	Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 25.7491 zu TFA: «Die verfügbaren Daten erlauben zurzeit noch keine genaueren Aussagen über die Anteile der verschiedenen Eintragswege.» Wie ist der Bundesrat in der Lage, die Güterabwägung zu machen und basierend darauf problematische Stoffe zur Anwendung zuzulassen, wenn die Eintragswege bzw. die Verbreitung bzw. die Wirkung dieser Stoffe weitgehend unbekannt sind?
25.7890	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Rolle des Bundes bei der Sanierung der Deponie Gamsenried	Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat das Sanierungsprojekt geprüft und betont, es gebe «keine Gesamtübersicht über die Risiken und keine koordinierte Aufsicht durch die verschiedenen involvierten Bundesstellen». - Wie reagiert der Bundesrat auf die Kritik der EFK? - Plant er, die Risiken unter Einbezug der A9 und der Rhonekorrektur umfassend zu analysieren und gestützt darauf ein Aufsichtskonzept mit klar definierten Zuständigkeiten zu entwickeln?
25.7897	DE FR IT	Fra. Jauslin. Wann gibt der Bundesrat nach dem Drohnendebakel die Flugbeschränkungsgebiete wieder frei?	Der Bundesrat hat sich entschieden, die Drohne Hermes 900 trotz eingeschränkten Fähigkeiten definitiv in Betrieb zu nehmen. Bis wann gedenkt der Bundesrat, sämtliche Flugbeschränkungsgebiete die damals zu Gunsten der Einführung des Aufklärungsdrohnensystem geschaffen wurden, wieder aufzuheben und diese Lufträume uneingeschränkt der GA zur Verfügung zu stellen?
25.7901	DE FR IT	Fra. Trede. Pannestreifen-Umnutzung auf Berner A1-Abschnitt?	Am Berner Verkehrstag erwähnte BR Albert Röstli, dass eine Pannestreifen-Umnutzung (PUN) auf dem A1-Abschnitt Schönbühl-Kirchberg geprüft werde. Dies wurde bislang m.W. nicht offiziell kommuniziert. - Gibt es konkrete Pläne, auf den Abschnitten Schönbühl-Kirchberg oder Wankdorf-Schönbühl mittelfristig eine PUN zu realisieren? - (Werden solche zum Beispiel vertieft geprüft, laufen Vorabklärungen etc.?) - Falls ja: Wann werden die kantonalen Behörden über diese Pläne informiert?
25.7908	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Hat der Bundesrat die Grundlagen für die CCS-Finanzierung beisammen?	Der Bundesrat hat am 12.9. den Auftrag für ein Rahmengesetz zur CO₂-Entnahme und -Speicherung erteilt. Es fällt auf, dass die Medienmitteilung nichts zur Finanzierung sagt. Gleichzeitig ist der Postulatsbericht zu 23.3219 weiterhin hängig und überfällig. Wann kommt der Postulatsbericht und werden diese Abklärungen ins Rahmengesetz einfließen?

Büro

25.7778	DE FR IT	Fra. Gysi Barbara. Instruktionsverbot achten	Während der Debatte zur Finanzierung der 13. AHV-Rente hat ein Fraktionschef stehend neben einem Fraktionsmitglied massiv auf ihn eingeredet und offensichtlich sein Abstimmungsverhalten beeinflusst. - Wie beurteilt das Büro diese Einflussnahme? - Inwiefern wird damit das in der Verfassung verankerte Instruktionsverbot verletzt?
---------	--	---	---
